Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 89. Sonnabend, 16. April 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Politischer Osterglaube.

Diese österlichen Parlamentsferien sind eine gar köstliche und zweckmäßige Einrichtung. Sie senden die Politik, den Parteihader und all die Temperamente sich befehdender Weltanschauungen nach Hause. Und der österliche Familienfriede sorgt schon dafür, daß dies alles in schönster, beschaulicher Ruhe bleibt. Steht nun einmal die Maschinerie des politischen Getriebes für einige Tage still, so feiern auch die, die sonst so emsig das gewaltige Räderwerk in Gang halten, einen Sonntag. Besteigen vielleicht eine etwas höher gelegene Warte, von der sich etwas ruhiger und nüchterner in die Zukunft schauen läßt, deren Umrisse und Konturen im politischen Horizont heute gar nicht so schemenhaft und verschwommen erscheinen wie sonst in den Tagen der täglichen politischen Fronarbeit.

Ostern ist das Fest der Auferstehung. Läßt sich dieser Glaube an die Auferstehung, dieser österliche Optimismus auch auf die politischen Dinge ableiten, die uns in den letzten Jahren so schwer das Herz bedrückten? Politik ist Menschenwerk. Weshalb soll dieses Menschenwerk nicht auch etwas von dem Osterglauben ahnen lassen, der heute der Empfindungsbegriff einer ganzen Welt ist! Schließlich will ja auch das, was wir unter Politik verstehen, etwas schöpfen, was voll eines Ideals ist, was denen Werte spenden soll, die nach uns kommen: Wiederaufbau, Friedenssicherung, Erleichterung des persönlichen Daseins, Kulturfortschritt, also immerhin Werte, die nur aus einem Glauben, aus einem lebenbejahenden Optimismus geboren werden können. Verkümmert dieser Glaube oder wandelt sich dieser Optimismus in negierende Resignation, so können die Werte, die geschaffen werden sollen, niemals eine konkretere Gestalt annehmen. Der Osterglaube ist ein Symbol, ein menschliches Symbol. Und wie gesagt, Politik ist Menschenwerk.

Ein kurzer Rundblick über unsere politische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: zunächst die Erkenntnis, daß Vieles und Wesentliches besser geworden ist, daß das Dunkel des deutschen Schicksals etwas Licht und Sonne erhalten hat, etwas mehr Zuversicht, etwas mehr Glaube an die eigene Kraft, an das eigene Können, an die Möglichkeit, die Höhe zu erklimmen, die uns die Aussicht in ein neues schönes Zukunftsland heute noch versperrt. Das deutsche Volk hat in den Jahren der Not und der Verarmung die Hände nicht müßig in den Schoß gelegt. Es hat gehofft und gearbeitet, an sich selbst geglaubt und Bausteine herbeigeschleppt, die sich zu dem Gebäude finden sollen, das werden soll und wird. Es hat in den mißlichen Jahren nach seinem Zusammenbruch erkannt, daß nicht Vorkommnisse äußerer Art, Hilfe von fremder Seite seinen Wiederaufstieg zu bedingen haben, sondern nur das eigene Wollen, das eigene Können und schließlich der unerschütterliche, niemals wankende Glaube an das Gesunde, Lebenskräftige des deutschen Wesens. Der Zusammenbruch Deutschlands, der Sturz von stolzester Höhe hinab in den tiefsten Abgrund jämmerlichster Ohnmacht und Versklavung, kennt keinen Vergleich in der Weltgeschichte. Ebensowenig die Elastizität und Lebenstüchtigkeit, mit denen sich dieses niedergetrampelte, mit Haß, Hohn und Verachtung überschüttete deutsche Volk in verhältnismäßig wenigen Jahren nach dem tiefsten Stand seines Elends wieder zu einem etwas menschenwürdigeren Dasein emporgerungen hat. Deutschland, an seinen Grenzen zerstückelt, tributpflichtig an ein unersättliches Ausland, lebt! Es schafft, es wirkt, es arbeitet und erkämpft sich Platz und Raum in der Weltmaschinerie, die noch vor so kurzem von deutscher Art und deutscher Schaffenskraft nichts wissen wollte. Wir haben zwar heute noch einen Dawespakt, ein seiner Rechte beraubtes Saargebiet, ein unfreies Rheinland und viele andere Unerträglichkeiten. Aber immerhin, die Welt, die diese Unerträglichkeiten als „weiseste Erkenntnis" einer Siegerpolitik werden ließ, hat sich nachgerade daran gewöhnt, wenigstens das Mißliche ihrer Zwangsanordnungen einzusehen. Hat unmißverständlich und unverkennbar begriffen, daß der deutsche Schaden auch der Schaden Europas, ja der bestimmendste Defekt in der Weltmaschinerie selbst ist. Diese Einsicht ist vorhanden. Noch nicht der Wille, dieser Einsicht die Folgerung zu leihen, die zu ziehen ist. Noch nicht! Dieses „noch nicht" ist eine Botschaft. Und zwar eine Botschaft, aus der zwangsläufig, gemäß den Gesetzen der Logik, ein Glaube erwachsen muß. Ein Osterglaube! Ein Glaube an Besserung, an eine wiederkehrende Welteinsicht, an eine neue glückverheißende deutsche Zukunft. Diesen Glauben zu leugnen, hieße am deutschen Volk, seiner Weltsendung, hieße am deutschen Wesen selbst und an seiner Weltgebundenheit verzweifeln. Ostern ist ein Fest der Freude, ist das Fest des Frühlings, der Neugeburt aller Natur. Damit auch ein Fest des deutschen Volkes. Es möge das Fest feiern, Kränze seiner Zukunft winden und im tiefsten innersten Herzen glauben, daß es sein Schicksal selbst in den Händen hält.

Das Arbeitszeitnotgesetz.

)(Berlin. Nachdem der Reichsrat beschlossen hat, von der Einlegung eines Einspruchs gegen das kürzlich vom Reichstag verabschiedete Arbeitszeitnotgesetz abzusehen, ist **die Verkündung dieses Gesetzes in der am 14. dieses Monats ausgegebenen Nummer des Reichsarbeitsblattes erfolgt.** An der gleichen Stelle ist die Verordnung über die Arbeitszeit in ihrer neuen Fassung abgedruckt. Die Ausführungsvorschriften zu dem neuen Gesetze werden in der nächsten Zeit mit Vertretern der Länder und der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen und noch vor dem 1. Mai, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, erlassen werden.

Die Lage in China äußerst undurchsichtig.

)(Paris, 16. April. Der Information wird aus Schanghai gemeldet, **reguläre Streitkräfte der Armee Tschangkaischeks kämpfen weiter gegen die Kommunisten in den Vorstädten von Schanghai.** Die gemäßigten Elemente der Kantonregierung hielten eine Besprechung in Nanking ab, die sich gegen die bolschewistische Tendenzen verfolgende Regierung von Hankau richtete. **Man rechne mit einem offenen Kampfe zwischen den beiden Flügeln der Südarmee und einer Verständigung zwischen den gemäßigten Elementen Südchinas und Nordchinas. Die Lage bei Tschinkiang sei verworren.** Die Züge zwischen Nanking und Schanghai verkehrten noch. Die Lage der Ausländer in Hankau bleibe schwierig, denn der Bolschewismus scheine dort die Oberhand zu haben, wie sich aus den Angriffen auf die japanische Konzession ergebe, die jedoch nicht geräumt worden sei.

Endgültige Spaltung der Kuomintang.

)(Nanking. (Reuter.) **Das Zentralkontrollkomitee der Kuomintang verurteilt in einer Entschließung das Hankauer Regime und fordert die Festnahme zahlreicher extremistischer Führer in Hankau als Störer der öffentlichen Ordnung in China.** Zu den letzteren gehören Borodin, Justizminister Hsiubien und Chantoubsiu, der Führer der Kommunistischen Partei. Eugen Tschen ist nicht genannt worden, da er nicht als Kommunist, sondern als Werkzeug Borodins angesehen wird. **Die Entschließung stellt die endgültige Spaltung der Kuomintang dar.**

Moskauer Angriffe gegen Tschangkaischek.

)(Moskau. Telegraphenagentur der Sowjetunion. Die kommunistische Internationale veröffentlicht einen Aufruf, in dem **Tschangkaischek zum Verräter an der chinesischen Revolution, zum Feind der Arbeiterbewegung und der Kuomintern erklärt** und als Verbündeter der Imperialisten bezeichnet wird. Prawda erklärt, Tschangkaischek habe die Massen herausgefordert und diese seien bereit, die Herausforderung anzunehmen. Die kommunistische Partei Chinas werde beharrlich neue Kräfte sammeln, um über die in Schanghai erlittene Niederlage zum endgültigen Sieg zu schreiten.

Vorrücken der chinesischen Nordtruppen.

)(Paris, 15. April. Havas meldet aus Schanghai, das **allgemeine Vorrücken der Nordtruppen bestätige sich.** In Schanghai sei die Lage trotz der Agitation, die unter den Arbeitern betrieben werde, ruhig.

Zusammenbruch des Streiks in Schanghai.

Schanghai. (Funkspruch.) Der vom Generalrat der Gewerkschaften als Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Soldaten Tschangkaischeks **verkündete Generalstreik ist in fortschreitendem Abbröckeln begriffen.** 35 000 streikende Arbeiter haben heute die Arbeit wieder aufgenommen.

In der militärischen Lage ist keinerlei Aenderung eingetreten. Sowohl die nordchinesischen wie die südchinesischen Truppen machen keinen Versuch zur Ueberschreitung des Yangtse, sondern haben sich auf beiden Seiten des Flusses zwischen Nanking und Tschinkiang eingegraben.

Kantons Antwort an die Mächte.

)(Schanghai, 15. April. **Nach einer Reuter-Meldung sind die Antwortnoten des Ministers des Aeußeren von Kanton, Tschen, an die fünf Protokollmächte nunmehr veröffentlicht worden. Tschen schlägt in ihnen die Nachprüfung der Vorfälle in Nanking durch eine internationale Untersuchungskommission vor. Der einzige Unterschied zwischen den einzelnen Antwortnoten besteht darin, daß in den Noten an Großbritannien, an die Vereinigten Staaten und an Frankreich der Beschießung chinesischer Städte Erwähnung getan wird,** und zwar in der Note an Großbritannien des „Bombardements des schutzlosen Schamien und des schutzlosen Nanking", in der Note an Frankreich des Bombardements des „schutzlosen Schamien" und in der Note an Amerika des „Bombardements des schutzlosen Nanking". Offenbar bezieht sich die Bemerkung über Schamien auf die Beschießung, die im Jahre 1925 stattgefunden hat.

In der Antwortnote an die Vereinigten Staaten, die sich im übrigen im wesentlichen mit den gleichzeitig überreichten Antworten an die anderen Mächte deckt, heißt es:

Die Nationalregierung ist bereit, den gesamten, dem amerikanischen Konsulat in Nanking zugefügten Schaden wieder gutzumachen, gleichviel ob dieser durch „Nordrebellen oder andere verursacht wurde. Bezüglich der Frage der Reparationen für persönliche Verletzungen amerikanischer Untertanen und Sachschaden ist die Nationalregierung bereit, alle angemessene und notwendige Reparation zu leisten, **außer in den Fällen, wo zweifelsfrei erwiesen werden kann, daß sie verursacht wurden durch die Beschießung seitens britischer und amerikanischer Kriegsschiffe am 24. März oder durch Nordrebellen,** die als Lockspitzel handelten. Die Nationalregierung schlägt vor, daß die Frage der Bestrafung der Schuldigen nach Vorliegen der Ergebnisse der augenblicklich im Gange befindlichen **Regierungsuntersuchung oder der Untersuchung durch eine internationale Kommission, die sofort von den Vereinigten Staaten und der Nationalregierung eingesetzt werden soll,** erörtert wird.

Die Nationalregierung schlägt vor, daß die Untersuchungskommission auch die Umstände der Beschießung der unbefestigten Stadt Nanking durch die Flottenstreitkräfte der Vereinigten Staaten am 24. März untersucht. Die Forderung nach einer schriftlichen Entschuldigung durch den Oberbefehlshaber der Nationalarmee ist gerechtfertigt, wenn die Schuld der Nationalisten für die Unruhen in Nanking erwiesen werde.

Die Nationalregierung schlägt daher vor, für die Frage der Entschuldigung ebenfalls die Klärung der Schuldfrage, sei es durch die augenblicklich im Gange befindliche Regierungsuntersuchung oder durch die vorgeschlagene internationale Kommission abzuwarten. **Inzwischen wiederholt die Nationalregierung den Ausdruck des Bedauerns wegen der Verletzung des amerikanischen Konsulats in Nanking.** Die Nationalregierung, als verantwortliche Behörde, billigt nicht, daß in irgendeiner Gestalt gegen das Leben und Eigentum von Ausländern Gewalt angewendet oder agitiert wird. **Die Behörden der Nationalarmee werden angewiesen werden, darauf hinzuwirken, daß wirksame Maßnahmen getroffen werden, um Ausländern angemessenen Schutz zu gewähren.** Die Nationalregierung würde es jedoch an Offenheit fehlen lassen, wenn sie unterließe, zu betonen, daß nach ihrer Ansicht

die unbilligen Verträge die Hauptgefahr für das Leben und Eigentum der Ausländer in China bilden.

Die Nationalregierung ist daher gern bereit, Delegierte zu ernennen, um mit den Vereinigten Staaten eine befriedigende Regelung der zwischen Nationalchina und Amerika schwebenden Fragen und Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen **unter Bedingungen, die die rechtmäßigen Interessen beider Länder und die Gegenseitigkeit ihrer Beziehungen sichert.**

Französische Stimmen zu Tschens Note.

Paris. (Funkspruch.) Soweit die Presse zu der noch nicht im Wortlaut vorliegenden Antwortnote Tschens Stellung nimmt, kehrt der Gedanke wieder, daß **die Note ausweichend gehalten** sei.

Das Journal schreibt, die Chinesen hätten ihre alte Tradition verleugnen müssen, wenn sie eine derartige Gelegenheit, Zwietracht zu säen, vorübergehen ließen.

Nach der Ere Nouvelle sei **wenig Aussicht vorhanden, daß die Antwortnote eine ernstliche Diskussionsgrundlage abgeben werde.** Die Lösung des Problems liege übrigens nicht in Paris, sondern in London, und die dortigen offiziellen Kreise zeigten kein Entgegenkommen. Vielleicht wäre es gut, wenn man in Asien den Ereignissen freien Lauf lassen würde und gewisse Großmächte ihre Bestrebungen allein verfolgen ließe. Schließlich schlägt das Blatt eine große Pacific-Konferenz vor.

Sorgen um die Erfüllung des Dawesplanes.

au. Berlin. Der Abschluß des Reichshaushaltsplanes hat ergeben, daß **die Finanzlage des Reiches außerordentlich ernst ist.** Der Haushaltsentwurf für 1927 hielt nach dem ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung mit 8,5 Milliarden das Gleichgewicht; durch die vom Reichstag genehmigten Mehrausgaben in Höhe von etwa 800 Millionen Mark ist **der Etat nunmehr auf 9,1 Milliarden Mark in Einnahme und Ausgabe angewachsen.** Wenn der Etat für 1927 nun gerade so ausbalanciert werden konnte, so hat die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1928 jetzt ergeben, daß neben den 525 Millionen Mark Mindereinnahmen aus der Steuersenkung, 190 Millionen Mark aus dem Betriebsmittelfonds und die 200 Millionen Mark Ueberschuß von 1926 insgesamt **etwa elfhundert Millionen Mark ungedeckter Einnahmeausfall** zu verzeichnen sind. Nun steigen aber die Daweslasten im Rechnungsjahr 1928 um 351,9 Millionen Mark. Die enorme Mehrbelastung Deutschlands an Reparationszahlungen bildet nun innerhalb der Reichsregierung Gegenstand eingehender Erwägungen. Zu einem Beschluß nach irgendeiner Richtung hin ist man jedoch noch nicht gelangt, aber es tauchen nun immer hartnäckigere Gerüchte auf, daß die Hauptreparationsgläubiger der Reichsregierung den Vorschlag machen wollen, die Reichspost in einen Privatbetrieb umzuwandeln, wie es auf Grund des Dawesplanes bereits mit der Reichseisenbahn geschehen ist. Der Reichspostminister hat allerdings in einem Interview ein derartiges Ansinnen soeben entschieden zurückgewiesen, woraus hervorgeht, daß auch der Reichsregierung gewisse Absichten der Regierungen von London und Paris nicht unbekannt geblieben sind. Sollte nun in nächster Zeit ein offizieller Vorschlag vielleicht von seiten des Reparationsagenten Parker Gilbert der Reichsregierung gemacht werden, die Reichspost in einen Privatbetrieb umzuwandeln, um die kommenden erhöhten deutschen Reparationsleistungen sicher zu stellen, so wird das Kabinett, wie schon jetzt gesagt werden kann, diesen entschieden zurückweisen.